

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3770 —**

Moratorium bei Atomwaffentests

Der Bundesminister des Auswärtigen – O11 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 18. September 1985 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wer hat nach Kenntnisstand der Bundesregierung das letzte Testmoratorium Ende der 50er Jahre gebrochen – die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion?

Im Zusammenhang mit der Konferenz der drei Atomwaffenmächte über die Suspendierung von Kernwaffenversuchen, die am 31. Oktober 1958 begann, suspendierten die USA am 30. Oktober 1958 ihre Kernwaffenversuche. Die Sowjetunion folgte am 3. November 1958. Dieses zwischen den drei Kernwaffenmächten faktisch bestehende Testmoratorium dauerte bis 1961, obwohl die Konferenz dieser drei Mächte über die Nichtfortsetzung der Kernwaffenversuche ergebnislos verlief.

Am 1. September 1961 wurde das Testmoratorium durch sowjetische Nukleartests in der Atmosphäre beendet. Die USA führten daraufhin ihrerseits am 15. September 1961 eine unterirdische Kernspaltung durch.

2. Wie viele sowjetische und wie viele amerikanische Atomwaffenversuche wurden in dem Zeitraum vom 1. September 1961 bis zum Stop der Tests in der Atmosphäre am 5. August 1963 unternommen?
3. Wie viele sowjetische und amerikanische Atomwaffenversuche wurden insgesamt seit dem 5. August 1963 unternommen?

4. Wie viele französische, britische und chinesische Atomwaffenversuche sind nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung durchgeführt worden?
5. Wie viele Tests wurden von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Jahr 1985 durchgeführt?

Nach den der Bundesregierung vorliegenden und öffentlich zugänglichen Informationen sind folgende Kernsprengungen bekannt:

*Zu Frage 2:*¹⁾

Sowjetunion: 74

USA: 109

Zu Frage 3:

Sowjetunion: 397

USA: 423

Zu Frage 4:

Frankreich: 132

Großbritannien: 37

China: 29

Zu Frage 5:

Sowjetunion: 7

USA: 9

6. Teilt die Bundesregierung die Meinung der Experten des Seismologischen Zentralobservatoriums in Erlangen, daß die seismologische Meßtechnik soweit fortgeschritten ist, daß keine Ortsinspektion mehr nötig ist?

Nach Auffassung der Bundesregierung setzt die zuverlässige Erfassung von Kernwaffentests, einschließlich von solchen mit niedrigerer Sprengkraft, die Einrichtung eines seismischen Beobachtungs- und Verifikationssystems – mit vor Ort installierten seismischen Meßeinrichtungen, die kalibriert und überwacht werden müssen – voraus. Die Bundesregierung hat am 11. Juli und am 1. August 1985 umfangreiche Vorschläge für ein internationales gleitendes seismologisches Überwachungssystem für Kernsprengungen in die Genfer Abrüstungskonferenz eingeführt. Zu der Ausarbeitung dieses Vorschlags haben der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft angehörende Wissenschaftler, darunter auch Experten des Seismologischen Zentralobservatoriums Gräfenberg in Erlangen, mit ihrem Fachwissen maßgeblich beigetragen. Über die sachliche Einschätzung der Vorschläge bestand zwischen allen Beteiligten Einverständnis.

1) Daten sind nur für das ganze Jahr 1961 verfügbar.

7. Was tut die Bundesregierung konkret, um in Genf den vorgeschlagenen Stufenplan (Verringerung der Ladungsstärke der Testexplosionen) der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft (DGG) voranzubringen?

Die erwähnten Vorschläge sind das Ergebnis einer intensiven Diskussion zwischen der Bundesregierung und Wissenschaftlern der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft. Sie sehen den Aufbau eines globalen seismischen Überwachungssystems vor, das unter fortschreitender Einbeziehung modernster Techniken unterirdische Kernsprengungen zuverlässig erfassen und auch die Einhaltung eines künftigen umfassenden Teststoppabkommens sichern kann.

8. Tritt die Bundesregierung für einen umfassenden, d. h. totalen, Atomwaffenteststopp ein, und wie steht die Bundesregierung zu sogenannten friedlichen Atomversuchen?

Die Bundesregierung mißt dem Ziel eines umfassenden Teststoppes große Bedeutung bei. Sie beteiligt sich aktiv und initiativ an den entsprechenden Bemühungen der Genfer Abrüstungskonferenz. Ihre Politik in diesem Bereich wird von der Grundüberzeugung geleitet, daß wegen der militärisch und sicherheitspolitisch besonders einschneidenden Wirkungen eines umfassenden Teststoppes die Gewährleistung zuverlässiger Verifikation die Voraussetzung für seine Verwirklichung darstellt. Die Bundesregierung tritt zugleich mit allem Nachdruck für das Ziel einer drastischen Reduzierung der Kernwaffen ein, die Gegenstand der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sind.

Die Bundesregierung sieht keine Anwendungsmöglichkeiten für friedliche Kernsprengungen.

